

Das Wochenmagazin der SPÖ · www.spoe.at



Aktuell

16. April 2010 · Nr. 14 · 0,73 Euro



Bundespräsidentenwahl 2010

Wählen gehen!

Am 25. April findet die Bundespräsidentenwahl statt. Jetzt geht es im Endspurt darum, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, am Wahlsonntag zu den Urnen zu gehen und für die Wiederwahl von Heinz Fischer zu stimmen. Denn jede Stimme, die für Fischer abgegeben wird, ist eine Stimme mehr für dessen ausgezeichnete Amtsführung und seine Integrität – und gegen das radikal rechte Lager und Barbara Rosenkranz, die sich wegen ihres skandalös-schwammigen Geschichtsbilds in dauerhaftem Erklärungsnotstand befindet.

Zu befürchten ist eine sinkende Wahlbeteiligung (siehe auch nebenstehende Grafik) – nicht zuletzt, weil die ÖVP massiv für das Weißwählen wirbt. Daher gilt es, gerade in den letzten Tagen vor der Wahl, die Mobilisierung weiter anzukurbeln!

Die SPÖ hat sich im Parteipräsidium auf ihre Steuerpositionen für die koalitionären Budget-Gespräche festgelegt. In sieben Punkten wurden Maßnahmen präsentiert, die auf dem Verursacherprinzip und auf Maßstäben der Gerechtigkeit basieren.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bundespräsidentenwahl 2010	4
Interview mit Bundespräsident Heinz Fischer	5
7-Punkte-Programm zu sozial gerechten Steuern	7
Schwerpunkt Mindestsicherung	8
Enquete zu Johanna Dohnals Erbe.....	14

EuGH-Urteil zu Medizin-Quoten: Positives Signal für Österreich

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), das eine Quote für Studiengänge im Gesundheitsbereich in Belgien ermöglicht, ist ein positives Signal für Österreich“, so SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

Mit seinem Urteil stellt der EuGH fest, dass Quotenregelungen im Gesundheitsbereich im Hinblick auf das Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt sind. Sie begrüße es sehr, dass der EuGH diesem wichtigen Ziel einen hohen Stellenwert einräumt, so

THEMEN DER WOCHE



Picturedesk

Glücksspiel: Neues Gesetz schützt Spieler besser

Erstmals wurde in Österreich ein einheitlicher Mindeststandard für das Glücksspiel geschaffen. „Damit haben wir einen massiven Schritt vorwärts punkto Spielerschutz und Sportförderung gemacht“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Zutrittsbeschränkungen und das Ende von Umgehungstricks gewährleisten nun mehr Spielerschutz und künftig gibt es eine garantierte Sportförderung von 80 Millionen Euro. „Wir schaffen damit für die Sportverbände auch in Krisenzeiten Planungssicherheit“, so Sportminister Norbert Darabos. ♦

mitreden.spoe.at

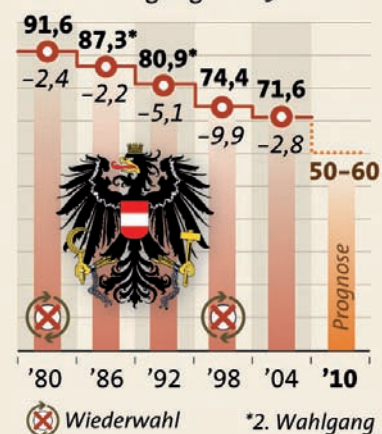
Meinungsforum:

Budgetkonsolidierung: Sind die die SPÖ-Vorschläge sozial gerecht?

Bundeskanzler Werner Faymann hat das 7-Punkte-Programm der SPÖ zur Budgetkonsolidierung präsentiert. Die Eckpunkte sind dabei das Verursacherprinzip und ein klares Bekenntnis gegen Massenbelastungen. Banken, Finanztransaktionen und Spekulanten sollen in die Pflicht genommen werden. Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at über das 7-Punkte-Programm der SPÖ mit.

Interesse an Bundespräsidentenwahlen

Wahlbeteiligung seit 1980 in %



Grafik: © APA, Quelle: APA/OGM/ISAK



Vom Wahlrecht Gebrauch machen!

„Selbst wenn Wahlergebnisse vorhersehbar scheinen, ist es notwendig, mit der eigenen Stimme Position zu beziehen“, so der Appell von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, wählen zu gehen. Für die Bundespräsidentenwahl am 25. April wird prognostiziert, dass die Wahlbeteiligung eher gering sein könnte. ♦

Zitat der Woche

„Alles, was in Richtung Massenbelastungen geht, werde ich entschieden bekämpfen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Spila



SPÖ-Europaparlamentarier Hannes Swoboda sieht die politischen Entwicklungen in Ungarn kritisch.

Rechtsruck in Ungarn ist erschreckend

„Das Wahlergebnis in Ungarn ist zu akzeptieren, auch wenn die Gefahr besteht, dass der Wahlausgang negative Konsequenzen für den Beitrag Ungarns zum europäischen Einigungsprozess hat“, so der Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda. Wahlsieger Viktor Orban und seine Partei haben die von der letzten Regierung beschlossenen und international anerkannten Reformschritte stets torpediert, so Swoboda. Außerdem sei die hohe Anzahl an Stimmen für die rechtsextreme Partei Jobbik erschreckend, betont der SPÖ-EU-Abgeordnete und kritisiert die Anbiederung FPÖ-Mözlern an Jobbik, der diese Partei anscheinend für einen geeigneten Partner auf europäischer Ebene hält. ♦



Rigaud

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl: Wissenschaftsministerin Karl soll die notwendigen Daten zur Absicherung der österreichischen Medizin-Regelung rasch erheben.



Nachhaltigkeit versus Konzeptlosigkeit

Finanzminister Josef Pröll hat die letzten Wochen bewiesen, dass die angebliche Wirtschaftskompetenz der ÖVP ein Mythos ist.

Pröll weiß nicht, was er will. Zuerst sprach er sich für ein Ausgaben-Einnahmen-Verhältnis bei der Konsolidierung des Staatshaushaltes von 80:20 aus, schließlich einigten sich die Regierungsparteien auf 60:40. Bei der Klubklausur der ÖVP wurden dann aus 1,7 Milliarden Euro einnahmenseitigem Konsolidierungsbedarf plötzlich rund zwei Milliarden. Diese „Fakten“ sind daher genauso wenig ernst zu nehmen, wie die angebliche „Ökologisierung“ des Steuersystems. Dass sich hinter dem Ökoschmäh eine Mineralölsteuererhöhung und teureres Heizen verbergen, ist längst kein Geheimnis mehr. Der Finanzminister macht im Zuge der Budgetdiskussion keine gute Figur: Es kann keine Lösung für unser Land sein, unter dem Vorwand der „Ökologisierung“ die breite Masse der Bevölkerung mit neuen Steuern belasten zu wollen. Die automatischen Stabilisatoren – also jene Transferleistungen, die Kaufkraft fördern – waren und sind die zuverlässigste Stütze der

jene, die die Krise mit verursacht haben, einen Beitrag für das Budget leisten. Mit seinem 7-Punkte-Programm hat Bundeskanzler Werner Faymann ein Maßnahmenpaket zur Debatte gestellt, das genau diesen Grundsatz aufgreift. Die Banken-Solidarabgabe, die Finanztransaktionssteuer (alternativ: Börsenumsatzsteuer in Österreich), die Finanzvermögenszuwachssteuer (Spekulationsfristen streichen, Steuerschlupflöcher stopfen), eine Reform der Stiftungsbesteuerung, ein Ende der Absetzbarkeit von Managergehältern ab 500.000 Euro, eine Einschränkung der Gruppenbesteuerung sowie das Verhindern von Steuerhinterziehung bei Finanzgeschäften gehen genau in diese Richtung.

Am Abend wird der Faule fleißig

Seit 1992 stellt die ÖVP Umweltminister in der Regierung. In beinahe zwei Jahrzehnten in diesem Ressort wurde nicht besonders viel erreicht. Die Kyoto-Klimaziele wurden verfehlt und ein einheitliches Bundesklimaschutzgesetz gibt es ebenfalls noch nicht. Zu versuchen, sich gerade jetzt, als Öko-Partei zu verkaufen, ist daher mehr als unglaubwürdig. Finanzminister Pröll und seiner ÖVP scheint weder der Klimaschutz, noch eine gerechte und faire Budgetkonsolidierung am Herzen zu liegen. Aktuell übt sie sich als Schutzpatron der Banken und Spekulanten. Anders sind die Pröll'schen Massensteuerepläne wohl nicht zu erklären. Eines sei jenen, die glauben, nach der Krise sei vor der Krise, ins Stammbuch geschrieben: Arbeitnehmer, Arbeitslose, kleine und mittlere Unternehmen haben diese Krise nicht verschuldet. Im Gegenteil: Sie spürten und spüren die Auswirkungen der Krise am stärksten. Sie haben nicht jahrelang „freien und unregulierten Märkten“ gefrönt und Geld am Kapi-



Arbeitnehmer, Arbeitslose, kleine und mittlere Unternehmen haben diese Krise nicht verschuldet. Im Gegenteil: Sie spürten und spüren die Auswirkungen der Krise am stärksten.

talmarkt wie im Casino verzockt. Es war die Gier und Verantwortungslosigkeit der Manager und Spekulanten, die uns die Krise eingebrockt hat – mit kurzfristigem Profitstreben und hohen Risiken muss Schluss sein. Wir Sozialdemokraten wissen: Die Budgetkonsolidierung muss als historische Chance begriffen werden, die richtigen Lehren aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen. Dazu gehören Maßnahmen, die der Wirtschaft wieder klare Regeln und Kontrollen auferlegen. Das Paradigma des Neoliberalismus, also die Doktrin der freien, unkontrollierten und sich selbst regelnden Märkte hat versagt und darf auf keinen Fall fortgesetzt werden. Dafür zu sorgen liegt in unserer Verantwortung als Politikerinnen und Politiker. Nachhaltiges Wirtschaften muss sich wieder lohnen und die Menschen müssen sich auf stabile Verhältnisse verlassen können. ♦

Der Finanzminister macht im Zuge der Budgetdiskussion keine gute Figur: Es kann keine Lösung für unser Land sein, unter dem Vorwand der „Ökologisierung“ die breite Masse der Bevölkerung mit neuen Steuern belasten zu wollen.

österreichischen Krisenbewältigung. Neue Massensteuern würden genau diese Stabilisatoren kompensieren und sogar eine Teuerung bedeuten. Die SPÖ kämpft hingegen für eine sozial gerechte Budgetkonsolidierung – um auf einem gerechten Weg die durch die Krise notwendig gewordene Reparaturarbeit zu leisten. Es hat das Verursacherprinzip zu gelten. Das bedeutet, dass

WÄHLEN GEHEN!

Der Wahlkampf-End

Jakovlev



Bis zum letzten Tag vor der Wahl ist Bundespräsident Heinz Fischer mit ganzer Kraft im Einsatz, um für seine Wiederwahl zu werben (hier bei einer Veranstaltung in St. Pölten).

Jede Stimme für Heinz Fischer ist eine Anerkennung seiner tadellosen Amtsführung und ein wichtiges Zeichen gegen Ewiggestrige. Entscheidend ist, dass am Wahlsonntag, am 25. April, möglichst viele Österreicherinnen und Österreicher von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Das Verhalten der ÖVP, die nichts unversucht lässt, die Wahlbeteiligung möglichst gering zu halten, steht zurecht im Kreuzfeuer der Kritik. Das Verweigern der Information über die Neuerungen bei der Briefwahl – fällt in die Kompetenz von ÖVP-Innenministerin Fekter – sowie die ÖVP-Weißwahl-Aufrufe tragen dazu bei, dass die Wahlbeteiligung voraussichtlich sinkt. Meinungsforscher haben Studien veröffentlicht, denen zufolge am 25. April mit einer Wahlbeteiligung von etwa 50 Prozent gerechnet werden könne. Zum Vergleich: Bei den Bundespräsidentenwahlen 2004 gin-

gen noch 71,6 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen.

Demokratiepolitisches bedenkliches Verhalten der ÖVP

Das demokratiepolitisch bedenkliche Verhalten der ÖVP wird selbst von namhaften Ex-Spitzenpolitikern aus dem bürgerlichen Langer abgelehnt. „Ich halte die Aufrufe, bei dieser Wahl weiß zu wählen, für problematisch“, sagt der einstige ÖVP-Minister, Klubchef und Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser. Er begründet das damit, dass wir ohnehin in ei-

ner Zeit mit sinkender Wahlbeteiligung leben und die Wertschätzung der Institutionen in diesem Land im Abstieg begriffen sei. Daher solle wenigstens die Funktion des Staatsoberhauptes aus dem Tagesstreit gerückt werden.

Neisser begründet sein Engagement im Fischer-Wahlkomitee damit: „Es gibt zwei Kandidaten, die eine völlig skurrile Darbietung liefern. Und einen Kandidaten, der bereits sechs Jahre ein Faktor der Stabilität war und der auch im Ausland dazu beigetragen hat, dass wir Österreicher seriös wahrgenommen werden.“ Auch Ex-

spurt entscheidet!



PRESSESTIMMEN

Die Presse

„Die ÖVP empfiehlt den Protest gegen sich selbst,“

Der Weiß- und Nichtwähler will den Parteien sagen, dass ihr Angebot ungenügend ist. Wenn Spitzenrepräsentanten der ÖVP nun ihren Anhängern empfehlen, bei dieser Wahl weiß zu wählen, empfehlen sie den Protest gegen sich selbst. Nieder mit uns – hübsche Parole.

Michael Fleischhacker, „Die Presse“, 13.4.

KURIER

„Partei ergreifen,“

So etwas hat es in der Zweiten Republik noch nicht gegeben. Politische Repräsentanten rufen dazu auf, ungültig zu wählen. Mangels eines eigenen Kandidaten und dem Widerwillen, den aus dem roten Lager kommenden Heinz Fischer zu unterstützen, hat die ÖVP-Spitze diese Parole für die Hofburg-Wahl ausgegeben. Eine demokratiepolitisch bedenkliche Aktion einer Regierungspartei.

Karin Leitner, „Kurier“, 13.4.

KLEINE ZEITUNG

„Jungwähler, ihr habt keine Wahl, also nützt sie,“

Allen, die ihre Wahlmöglichkeit total ignorieren, sei in Erinnerung gerufen, dass der lange Weg vom Absolutismus zur parlamentarischen Demokratie mit Blut, Tod und Tränen markiert ist. So eine Errungenschaft darf man nicht durch Ignoranz aufs Spiel setzen...Liebwerte Jungwähler, auf zur Urne. Denn wie sagte Friedrich Torberg? „Wer sich nicht um Politik kümmert, muss damit rechnen, dass sich die Politik alsbald um ihn kümmert.“ Und das ist niemandem zu wünschen, wie uns die Erfahrung lehrt.

Frido Hütter, „Kleine Zeitung“, 12.4.

ÖVP-Obmann Erhart Busek betont: „Ich wähle nicht weiß und ich halte Rosenkranz für unwählbar.“ Heinz Fischer halte er für die einzig wählbare Alternative. Ebenso warb auch EU-Abgeordneter Othmar Karas für Heinz Fischer, der für ihn „der einzige wählbare Kandidat“ sei.

Grüne unterstützen Heinz Fischer

„Aus parteipolitischem Kalkül wird von der ÖVP eine klare Positionierung bei der Wahl zum höchsten Amt im Staat unterlassen. Für eine Partei, die sich selbst gerne ‘staatstragend’ gibt, ein ganz besonders trauriges Signal“, stellt Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas fest. Denn: Jede Weiß-Wählerin und jeder Weiß-Wähler bei der kommenden Bundespräsidentenwahl stärke letztendlich indirekt Rosenkranz. Ganz anders die Grünen: Sie beschlossen im Parteivorstand nach einem Hearing mit Heinz Fi-

scher eine Wahlempfehlung für den Amtsinhaber abzugeben – eine Premiere in der Geschichte der Ökopartei.

Mobilisierung entscheidet

Ob Heinz Fischer ein Top-Ergebnis erreichen kann, hängt jetzt wesentlich von der Mobilisierung ab. Daher gilt es: Genossen, Familie, Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen, dazu zu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen – und für Heinz Fischer zu stimmen! ♦

„Aus parteipolitischem Kalkül wird von der ÖVP eine klare Positionierung bei der Wahl zum höchsten Amt im Staat unterlassen. Für eine Partei, die sich selbst gerne ‘staatstragend’ gibt, ein ganz besonders trauriges Signal.“

Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas



Das Interesse von Öffentlichkeit und Medien war bei den Wahlveranstaltungen Heinz Fischers sehr groß.

INTERVIEW

„Wählen heißt, Verantwortung zu übernehmen“

Bundespräsident Heinz Fischer verrät im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“, wie er in den letzten Tagen vor der Wahl die Wählerinnen und Wähler mobilisieren will, warum weiß nicht zu seinen Lieblingsfarben gehört und was Frauen und junge Menschen von ihm zu erwarten haben.

Pertramer



Heinz Fischer: „Es darf niemandem egal sein, wer unser Land nach außen repräsentiert.“

SPÖ Aktuell: Sehr geehrter Herr Bundespräsident, der Wahlkampf geht in die Endphase. Welche Botschaft steht jetzt für Sie im Vordergrund?

Heinz Fischer: Es geht jetzt darum, den Wert dieser Wahl zu betonen. Wählen heißt, Verantwortung für gesellschaftliche Strukturen zu übernehmen und sich zu entscheiden. Wer aus irgendeinem Grund nicht zur Wahl geht, verzichtet freiwillig auf diese Möglichkeit. Es darf niemandem egal sein, wer unser Land nach außen re-

präsentiert. Ein ungeklärtes Verhältnis zur NS-Ideologie darf nicht belohnt werden.

Wie stehen Sie zum Aufruf von Teilen der ÖVP, „weiß“ zu wählen?

Fischer: Diese Haltung kann ich nicht nachvollziehen. Seit ich wahlberechtigt bin – das sind rund 50 Jahre – habe ich immer an Wahlen teilgenommen und ich habe auch noch nie „weiß“ gewählt, auch nicht, als sich Thomas Klestil um eine Wiederwahl bemüht und die SPÖ keinen Gegenkandidaten gestellt hat. Ich habe sechs Jahre als Bundespräsident hinter mir und zwölf Jahre als Nationalratspräsident. Jeder weiß, wie er bei mir dran ist, was man von den beiden anderen Kandidaten nicht sagen kann. Jeder sollte sich vorstellen, wie die anderen Kandidaten auf internationalem Parkett agieren würden.

präsentiert. Ein ungeklärtes Verhältnis zur NS-Ideologie darf nicht belohnt werden.

Wie stehen Sie zum Aufruf von Teilen der ÖVP, „weiß“ zu wählen?

Fischer: Diese Haltung kann ich nicht nachvollziehen. Seit ich wahlberechtigt bin – das sind rund 50 Jahre – habe ich immer an Wahlen teilgenommen und ich habe auch noch nie „weiß“ gewählt, auch nicht, als sich Thomas Klestil um eine Wiederwahl bemüht und die SPÖ keinen Gegenkandidaten gestellt hat. Ich habe sechs Jahre als Bundespräsident hinter mir und zwölf Jahre als Nationalratspräsident. Jeder weiß, wie er bei mir dran ist, was man von den beiden anderen Kandidaten nicht sagen kann. Jeder sollte sich vorstellen, wie die anderen Kandidaten auf internationalem Parkett agieren würden.

Die FPÖ möchte mit ihrer Kandidatin verstärkt auch Frauen dazu animieren, zur Wahl zu gehen. Warum soll die weibliche „Wählerinnenschaft“ Sie wählen?

Fischer: Ich werde mich auch in Zukunft für die Rechte der Frauen stark machen und mich dafür einsetzen, dass die Politik bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft. Mehr Betreuungseinrichtungen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit müssen ebenso eine Selbstverständlichkeit werden wie Gendermainstreaming oder weibliche Führungskräfte in Politik und Wirtschaft.

Sie wenden sich in Ihren Botschaften gezielt auch an die Jugend. Was können junge Menschen von Bundespräsident Heinz Fischer erwarten?

Fischer: In Österreich muss sichergestellt bleiben, dass junge Menschen nicht im Stich gelassen werden. Sie müssen die Sicherheit haben, aus eigener Kraft etwas erreichen zu können und einen Gemeinschaftssinn entwickeln. Die jungen Leute von heute sind sehr interessiert und schätzen Verantwortungsbewusstsein und Ehrlichkeit. Sie kennen das Wertesystem des Heinz Fischer und wissen, dass sie sich auf mich verlassen können. ♦

WAHLKARTE ODER BRIEFWAHL

Nicht zu Hause – und trotzdem wählen

Wer am Wahltag nicht zu Hause, gehbehindert oder krank ist, kann mit einer Wahlkarte oder per Briefwahl wählen.

Wählen mit Wahlkarte

Die Wahlkarte kann bis spätestens Mittwoch, 21. April, beantragt werden. Damit kann man in einem anderen Wahllokal wählen (z. B. am Urlaubsort); oder bei Gehbehinderung bzw. Krankheit von einer („fliegenden“) Wahlkommission zu Hause besucht werden.

Die Briefwahl

Bei der Briefwahl muss der Stimmzettel mit unterschriebener Wahlkarte per Post so abgeschickt werden, dass er spätestens am 30. April, 14 Uhr, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde eintrifft!

Alle Wahlinfos:
<http://www.heinzfischer.at/alle-informationen-zur-wahl>

TERMINE

TV- und Radiotermine sowie Online-Chats mit Heinz Fischer

So., 18. April, 11:05 Uhr, ORF 1

Pressestunde

Heinz Fischer im Gespräch mit Journalisten

So., 18. April, 20:15 Uhr, ATV

Meine Wahl

Präsident Heinz Fischer tritt gegen den „Nichtwähler“ an

Mo., 19. April, 11.30 Uhr, STANDARD Online, www.derstandard.at

Internet Chat

Heinz Fischer stellt sich den Fragen der Internet-Community des Standard

Di., 20. April, 12.00 Uhr, Ö1 RADIO

Mittagsjournal

BUDGET

7-Punkte-Programm nimmt Verursacher in die Pflicht

Verursacherprinzip und ein klares Bekenntnis gegen Massenbelastungen – das sind die Eckpunkte des SPÖ-Programms für die bevorstehende Budgetkonsolidierung. Banken und Spekulanten sollen dabei in die Pflicht genommen werden.

Wer die Krise mitverursacht hat, soll einen gerechten Beitrag leisten“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Präsentation der SPÖ-Vorschläge zur Konsolidierung des Staatshaushaltes. „Es muss gespart werden und es muss zusätzliche Einnahmen geben – an dieser Balance werden wir als Regierung auch gemessen werden“, so der Kanzler bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Besonders wichtig ist der SPÖ die soziale Verträglichkeit von einnahmenseitigen Maßnahmen – daran sollen auch die Vorschläge des Koalitionspartners gemessen werden. Immerhin ist bis Oktober Zeit, eine gründliche Diskussion zu führen. „Unsere Verhandlungsposition ist klar“, betonte Faymann. Beim Koalitionspartner sei noch nicht ersichtlich, was er sich vorstelle.

Finanzstaatssekretär Schieder meinte zum 7-Punkte-Programm: „Wir folgen dem Ansatz, dass die Kosten für die Krise von den Profiteuren mitgetragen werden müssen und nicht von deren Opfern.“ Banken, die von der Solidarität der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitiert haben und jene, die gut an der Deregulierung der Märkte verdient haben, will die SPÖ in die Pflicht nehmen.

Sprit- und Heizkostenverteuerung schadet sozial Schwachen

Den Vorschlägen des Koalitionspartners, wonach neue Massensteuern unter dem Deckmantel der „Ökologisierung“ eingeführt werden sollen, erteilte Faymann eine Absage: „Für diese Art von Zynismus sind wir nicht zu haben. Sprit und Heizkosten zu verteuern schadet nur den sozial Schwächeren“, so Faymann. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas meinte zu den ÖVP-Plänen: „Der ‚ÖVP-Ökologisierungsschmäh‘ ist ein wirtschaftspolitischer Irrweg“. Dass ausgerechnet der Finanzminister nicht berücksichtigt, dass allein die Erhöhung der Mineralölsteuer (MöSt) die Inflation um rund



Lehmann

Besonders wichtig ist der SPÖ die „soziale Verträglichkeit“ von einnahmenseitigen Maßnahmen, betonte Bundeskanzler Werner Faymann.

ein Prozent in die Höhe treiben würde, sei eigenartig. Für den Wirtschaftsstandort hätte dies zur Folge, dass die Kaufkraft sinkt, verwies Rudas auf Expertenwarnungen. „Wenn es überhaupt zu einer Mineralölsteuererhöhung kommt, sollte es zunächst einmal Transparenz bei den Benzinpreisen geben und die Pendlerpauschale angehoben werden“, forderte Rudas. ♦

„Wir wollen der Bevölkerung zeigen, dass es so etwas wie Gerechtigkeit gibt. Die Erhöhung oder die Einführung von Massensteuern macht für uns nach wie vor wenig Sinn.“

Bundeskanzler Werner Faymann

HINTERGRUND

Die Vorschläge der SPÖ im Detail:

(Jährliche Einnahmen, Schätzung)

Banken-Solidarabgabe:	mind. 500 Mio.
Finanztransaktionssteuer:	500 Mio. bis 1,5 Mrd.
(alternativ: Börsenumsatzsteuer Österreich)	350 Mio.
Finanzvermögenszuwachssteuer:	200 bis 500 Mio.
Reform der Stiftungsbesteuerung:	200 bis 400 Mio.
Managergagen nur bis 500.000 absetzbar:	30 Mio.

Weitere Möglichkeiten im Unternehmens- und Finanzsektor:

Reform der Gruppenbesteuerung:	100 bis 150 Mio.
Verhindern von Steuerhinterziehung bei Finanzgeschäften:	mehrere hundert Mio.

MINDESTSICHERUNG

„Jetzt habe ich wied

Mit „Step2Job“, einem im September 2009 gestarteten Pilotprojekt zur Mindestsicherung, ist es bereits gelungen, 50 Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sozialminister Rudolf Hundstorfer überzeugte sich bei einem Lokalaugenschein vom Erfolg des Projekts und sprach mit Betroffenen.



Drei Jahre Arbeitslosigkeit, keine abgeschlossene Ausbildung. Doch jetzt hat Michael endlich wieder eine Perspektive. Nach nur drei Wochen bei Step2Job fand der 23-Jährige einen Arbeitsplatz, der sich „super mit der Abendschule vereinbaren“ lässt. Somit ist Michael der jüngste erfolgreiche Absolvent von Step2Job.

Drei Jahre lang war Michael arbeitslos. Sein Versuch, sich selbstständig zu machen, scheiterte und mögliche Jobangebote ließen sich nicht mit seiner Abendschule vereinbaren. Als er die Einladung zu Step2Job im Briefkasten fand, sei er anfangs „völlig überrascht“ gewesen, berichtet er Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei dessen Besuch. Trotzdem nutzte er seine Chance und nahm an Step2Job – einem Pilotprojekt zur Mindestsicherung mit Sitz in Floridsdorf teil. Mit Erfolg! Nun ist Michael mit seinen 23 Jahren der jüngste Absolvent des Projekts und erzählt Hundstorfer: „Innerhalb von drei Wochen habe ich einen Arbeits-

platz gefunden. Ich bin völlig überzeugt von diesem Programm, denn jetzt habe ich endlich wieder eine Perspektive.“ Dank der professionellen Unterstützung hat er nun einen Arbeitsplatz und kann parallel dazu seine Abendschule beenden. Drei Jahre muss Michael noch abends die Schulbank drücken, dann hat er die Ausbildung in seinem Traumberuf IT-Techniker abgeschlossen.

Ein Sprungbrett auf den Arbeitsmarkt

Michael ist einer von 50 Menschen, die mit Hilfe des Pilotprojekts zur Mindestsiche-

rung innerhalb von sieben Monaten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Einer von 50, die bisher nur Sozialhilfe bezogen und nun finanziell endlich wieder auf eigenen Beinen stehen können. Und einer von 500, denen das Projekt Step2Job mit individueller Beratung, Betreuung und Weiterbildungsmöglichkeiten die Chance gibt, erstmals oder nach langer Zeit wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. „Der einzige Weg aus der Sozialhilfe ist ein Job. Daher ist der Ansatz der Mindestsicherung, sich auch intensiv um arbeitsmarktfremde Menschen zu kümmern, der einzig erfolgversprechende“, so Hundstorfer bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit der Geschäftsführerin des AMS Wien, Claudia Finster und Oliver Holub, Projektleiter von Step2Job. Den Betreuten von Step2Job steht die

komplette Förderpalette des AMS Wien offen, Qualifizierungen ebenso wie Eingliederungsbeihilfen. „Nach Abschluss des Projekts Step2Job sollen zumindest 30 Prozent der Personen in Arbeit gebracht worden sein“, so das ehrgeizige Ziel von Claudia Finster.

Step2Job – 800 Menschen profitieren

Step2Job ist ein vom AMS Wien betriebenes Pilotprojekt zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, das Sozialhilfebezieher durch individuelle Beratung und Betreuung wieder in den Arbeitsmarkt integriert. In

er eine Perspektive“



„Ohne Ausbildung und mit mangelnden Deutschkenntnissen ist es schwer“, schildern die beiden Frauen dem Minister ihre Situation. „Halten Sie durch. Sie haben den ersten Schritt ins Arbeitsleben getan“, so Hundstorfer.



In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Geschäftsführerin des AMS Wien, Claudia Finster und Oliver Holub, Projektleiter von Step2Job zeigte sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer erfreut über die positive Bilanz der ersten sieben Monate von Step2Job.

„Die vorläufigen Ergebnisse des Pilotprojekts in Floridsdorf zeigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Wien Floridsdorf werden seit September 2009 rund 500 Personen betreut, die Sozialhilfe beziehen und bislang noch nie Leistungen des AMS in Anspruch genommen haben. Die Kosten von Step2Job belaufen sich bis zum Projektende auf 1,9 Millionen Euro. 54 Prozent davon stammen aus Mitteln des AMS Wien, 46 Prozent aus dem

Europäischen Sozialfonds. Das Projekt, in dem AMS Wien, MA 40 und der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfond (Waff) zusammenarbeiten, hat die Aufgabe, eine intensive und kontinuierliche Betreuung der betroffenen Personen zu gewährleisten. Bis Mai sollen insgesamt 800 Personen aus den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt in das Projekt aufgenommen und jeweils maximal 12 Monate lang begleitet werden, sofern sie nicht zuvor schon eine Arbeit aufnehmen. Jeder Person steht eine Betreuerin oder ein Betreuer zur Seite, um Unterstützung in vielfältigen Problemlagen zu gewährleisten. Hierzu zählen etwa geringe Qualifikationen, mangelhafte Deutschkenntnisse, hoher Schuldenstand, Suchtproblematik oder Vorstrafen. „Das Angebot der aktiven Unterstützung wird von der Zielgruppe sehr gerne angenommen. Vor allem an der hauseigenen Schuldnerberatung gibt es großes Interesse, aber auch für psychosoziale Begleitung gibt es Bedarf“, so Claudia Finster.

Step2Job zeigt Arbeitswillen von Sozialhilfeempfängern

Step2Job ist ein Impulsgeber und die daraus gewonnenen Erfahrungen werden mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ab 1. September 2010 für AMS-Stellen in ganz Österreich wichtig sein. „Step2Job ist ein sehr, sehr wichtiges Projekt für Sozialhilfeempfänger, besonders für Menschen mit Mehrfachproblemen. Und die Bereitschaft dieser Personen, Beratung und Betreuung anzunehmen, ist sehr groß“, so Oliver Holub von Step2Job. Ziel von Step2Job sei es auch, so Holub, die Wirtschaft zu sensibilisieren und Vorurteile gegenüber Sozialhilfeempfängern abzubauen. Momentan basiert die Teilnahme an der Mindestsicherung noch auf Freiwilligkeit, doch

schon jetzt nehmen 50 Prozent jener Menschen, die zu Step2Job eingeladen werden, diese Chance auch wahr. „Mit diesem Projekt können wir beweisen, dass Sozialhilfeempfänger absolut arbeitswillig und keine ‚Hängemattenmenschen‘ sind“, so der Sozialminister. ♦

„Der einzige Weg aus der Sozialhilfe ist ein Job. Daher ist der Ansatz der Mindestsicherung, sich auch intensiv um arbeitsmarktferne Menschen zu kümmern der einzig erfolgsversprechende.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

HINTERGRUND

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung und ein Meilenstein am Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Sie tritt mit 1. September 2010 in Kraft, es profitieren davon 270.000 Menschen.

Kampf gegen Armut

Verbesserung der Sozialhilfe der Länder auf ein einheitliches Mindestniveau in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes aus dem ASVG (dzt. 744 Euro pro Monat).

Sprungbrett in den Arbeitsmarkt

Sozialhilfeempfänger werden erstmals vom AMS betreut und müssen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Damit lange vom Arbeitsmarkt abwesende Menschen den Sprung in den Arbeitsmarkt auch schaffen können, bekommt das AMS zusätzliches Personal, um diese Menschen auch bestmöglich zu beraten, zu betreuen und zu aktivieren.

Missbrauchssicher:

Aufgrund des Datenabgleichs zwischen dem Arbeitsmarkt-Service (AMS) und den Ländern sowie der bundesweit einheitlichen Regelungen ist die Mindestsicherung auch wesentlich missbrauchssicherer als die bisherige Sozialhilfe.

SCHULE

Neu: Modulsystem an Abendschulen

Module statt Klassen – das wird es künftig an den Abendschulen geben. Bildungsministerin Claudia Schmied erwartet sich dadurch „mehr Bildungsabschlüsse und ein Sinken der Drop-Out-Quote“.

Der Ministerrat hat eine Novelle des Schulunterrichtsgesetzes für Berufstätige zur Modularisierung der Abendschule beschlossen. Damit sollen 18.000 Abendschülerinnen und Abendschüler an den rund 80 Schulstandorten in Zukunft unkomplizierter und schneller ihre Bildungsabschlüsse erreichen. „Mit der Modularisierung der Abendschule setzen wir einen weiteren Schritt in der Bildungsreform. Durch die zeitliche Flexibilität und den personenzentrierten Studiengang wird auf die Lebensbedingungen der Studierenden eingegangen“, freut sich Schmied.

Viele Vorteile – Modularisierung bereits erprobt

Das Modulsystem an der Abendschule bringt eine Reihe von Vorteilen. Mit der im Schuljahr 2010/11 gestarteten und 2011/12 abgeschlossenen Umstellung gibt es mehr zeitliche Flexibilität durch einen individuell gesteuerten Studiengang mit



Bildbox

An den Abendschulen kommt man jetzt schneller und besser zum Bildungsabschluss.

Möglichkeit des Zu- und Abwählens von Modulen. Ein weiterer Vorteil ist das moderne Coaching- und Lernbegleitsystem als Studienkoordination. Auch die Möglichkeit zu „Fernstudien“ wird – z.B. durch

Tele-Lernformen – verbessert. Die neue Modularisierung wird bereits an einzelnen Abendschulen erprobt – bei einer Umfrage gab eine satte Mehrheit an, vom neuen System zu profitieren. ♦

EQUAL PAY DAY

Einkommensschere schließen!

„Um gleich viel Geld zu verdienen wie Männer, müssen Frauen heuer 70 Tage länger arbeiten“, betont Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Knie



„Wir Frauen dürfen nicht müde werden, uns für die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsmarkt einzusetzen“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Der Equal-Pay-Day ist jener Tag, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um auf das Jahreseinkommen der Männer im Vorjahr zu kommen. Trotz geltender Gesetze gehe die Lohnschere auseinander, kritisiert Heinisch-Hosek. Frauen würden für die gleiche Arbeit um bis zu 15 Prozent schlechter bezahlt als Männer. Es wäre daher sinnvoll, dass Unternehmen die durchschnittlichen Gehälter von Männern und Frauen in den Betrieben anonym veröffentlichen. Darüber hinaus bräuchte es Quoten, um mehr Frauen zu ermöglichen, in Führungspositionen Fuß zu fassen. ♦

SERIE MUSEUMSPOLITIK (1)

Gratis-Eintritt und Kulturvermittlung

Ab Jänner gilt der Gratis-Eintritt für Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr in alle Bundesmuseen. SPÖ Aktuell zeigt in einer Serie, was die Bundesmuseen bieten.

Mit dem Gratis-Eintritt für Kinder und Jugendliche hat Kulturministerin Claudia Schmied einen Meilenstein gesetzt, der Familien mit Kindern finanziell entlastet und die Kulturvermittlung stärkt. Die Bundesmuseen haben zum Gratis-Eintritt neue Vermittlungsangebote gestartet: Im Technischen Museum wird ein Angebot für Schüler mit Migrationshintergrund erarbeitet. Im MAK wird das Angebot an Workshops erweitert. Und im Naturhistorischen Museum wird im Herbst das Vermittlungsangebot „Objekt-Thema-Meinung“ gestartet. ♦



Dest

Auch das Technische Museum bietet zum Gratis-Eintritt neue Vermittlungsangebote an.

Querdenken

SuperFreakonomics

„Freakonomics“, der Erstling des Autorenduos Levitt und Dubner, war ein weltweiter Sensationserfolg. Jetzt tauchen die beiden mit Wortwitz, Selbstironie und brillanter Beobachtungsgabe erneut in das bodenlose Fass menschlicher Irrtümer und Fehlleistungen.

Stephen J. Dubner, Herausgeber und Journalist, und Steven D. Levitt, Universitätsprofessor und ebenfalls Herausgeber, stellen skurrile Fragen: Brauchen Selbstmordattentäter eine Lebensversicherung? Ist es gefährlicher, betrunken Auto zu fahren oder betrunken zu Fuß zu gehen? Kann es zur Rettung unseres Planeten beitragen, Kängurus zu essen? Was haben Wirbelstürme, Herzattacken und Autobahnunfälle gemeinsam? Die Antworten von Levitt

und Dubner sind so verblüffend wie einleuchtend. Menschen, so ihre Hauptthese, werden nicht ausschließlich von Gewinnstreben und Selbstsucht motiviert. Es existiert ein weit komplexeres Geflecht von Motiven. Doch im erweiterten Sinn dreht sich alles um wirtschaftliches Denken und Handeln. Die genussreiche Pointe der jeweiligen Untersuchungen ist immer gleich: Ihre Ergebnisse sind logisch und gleichzeitig völlig überraschend. ♦

Netzwerke

Connected

Die Autoren Christakis und Fowler zeigen, wie soziale Netzwerke unmerklich unser Verhalten beeinflussen.

Auch das Leben von Leuten, die man gar nicht persönlich kennt, kann man maßgeblich beeinflussen – und zwar bis ins kleinste Detail. Ob die Freunde eines Freundes zur Wahl gehen, ob sie rauchen, dick oder dünn sind, liegt mit in Ihrer Hand! Die international renommierten Wissenschaftler Christakis und Fowler haben soziale Netzwerke erforscht und zeigen, wie diese unmerklich auf unser Verhalten abfärben. Für ihre Forschungen erschlossen sie die bislang größte Menge an persönlichen Daten, unter an-

derem aus Facebook-Profilen und der Erfassung einer Langzeitstudie einer gesamten Kleinstadt. Die Auswertung zeigt: Verhaltensmuster und Gefühle der Menschen sind wie ein Fischschwarm. Nicht ein einzelner Fisch entscheidet, wohin es geht, sondern der Schwarm trifft die Entscheidung. Die Autoren widmen sich u.a. den Themen Emotionen, Beziehungen, Gesundheit und Politik. Auf verblüffende, provokante und unterhaltsame Weise zeigen sie, wie groß die Macht sozialer Ansteckung ist. ♦

Biographie

Westerbork Girl

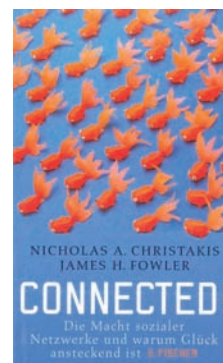
Einer Frau, der die Deportation droht, gelingt die Flucht. Danach muss sie die schwerste Entscheidung ihres Lebens treffen.

Hannelore Cahn ist zwanzig, als sie 1943 in das niederländische Durchgangslager Westerbork gebracht wird, wo sie allabendlich in einer Revue für die Lageraufsicht auftritt. Als eines der „Westerbork Girls“ tanzt sie buchstäblich um ihr Leben, denn trotz ihres Sonderstatus droht auch ihr die Deportation. Hannelore beginnt, obwohl sie noch ihrem Verlobten Rob de Vries nachtrauert, ein Verhältnis mit Hans Eisinger von der jüdischen Lagerpolizei. Doch dann steht sie auf einmal wieder Rob

gegenüber, einem jüdischen Widerstandskämpfer. Es gelingt ihm, sie aus dem Lager zu schmuggeln. Hans erhält daraufhin den Befehl, Hannelore zurückzuholen – nur so kann er sein eigenes Leben retten. Als er sie in ihrem Versteck aufspürt und bittet, mit ihm zurückzukehren, steht sie vor der schwersten Entscheidung ihres Lebens. Diese außergewöhnliche Geschichte beruht auf einer wahren Begebenheit. Hannelore Cahn lebt heute in New York. ♦

☐ Stk.


St. D. Levitt, St. J. Dubner:
Superfreakonomics. Nichts ist so wie es scheint.
Riemann Verlag, München 2010;
348 S., 20,60 €

☐ Stk.


N. A. Christakis, J. H. Fowler:
Connected! Die Macht sozialer Netzwerke und warum Glück ansteckend ist.
S. Fischer Verlag, 2010;
431 S., 23,60 €

☐ Stk.


Steffie van den Oord:
Westerbork Girl.
Berlin Verlag, Berlin 2010;
348 S., 22,70 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARCK

Voves auf Tour



Zum Auftakt seiner „Steiermark-Tour 2010“ besuchte Landeshauptmann Franz Voves die Region Südoststeiermark.

Gemeinsam mit Umwelt-Landesrat Manfred Wegscheider stattete Landeshauptmann Franz Voves im Rahmen seiner „Steiermark-Tour 2010“ den Bioenergiebetrieben in Mureck einen Besuch ab. Voves würdigte die Energiebetriebe, die mit ihrem ganzheitlichen System aus Biogas, Biomasse und Solarenergie ein „Herzmodell für ganz Europa“ sind. Höhepunkt des Besuches war die Präsentation des Pilotprojekts „SonnenEnergieBürgerInnen-Anlage“ (SEBA). 200 Privatpersonen haben im Rahmen dieses innovativen Projekts Anteile an einer Photovoltaik-Anlage erworben. Der dort erzeugte Strom wird ins Netz eingespeist und die Anteilseigner erhalten einen ihrem Anteil entsprechenden Stromgutschrift vom Netzbetreiber.

„Die Photovoltaik-Anlage wird so viel an umweltschonender Energie erzeugen, dass dadurch rund 6.000 Tonnen CO₂ eingespart werden können“, freute sich Voves. Ziel des Landeshauptmannes ist es jetzt, das Vorzeigeprojekt auch in anderen Regionen zu etablieren.

„Betreutes Wohnen“ und Tagesbetreuungsworkstätten

Am Nachmittag besuchte der Landeshauptmann die Lebenshilfe Feldbach. Er besichtigte Tagesbetreuungsworkstätten für leicht- und schwerstbehinderte Menschen sowie ein Wohnhaus, in dem „Betreutes Wohnen“ stattfindet. Voves würdigte vor allem die „individuelle



Landeshauptmann Franz Voves, Umwelt-Landesrat Manfred Wegscheider und Langesgeschäftsführer Toni Vukan bei der Besichtigung der „Photovoltaik-Bürgeranlage“. Sie liefert 200 Bürgern billigeren und nachhaltig erzeugten Strom.

le Betreuung“ und die „großartige Arbeit der Betreuer-Teams“.

VOLKSHILFE

Drei Kompetenzbereiche unter einem Dach



Nach der Fusionierung mit dem Heimhilfedienst und dem Mobilen Hilfsdienst zählt die Volkshilfe zu den größten Anbietern für Haushilfe und Hauskrankenpflege in Salzburg.

„Durch diese Fusionierung wird die Volkshilfe neu aufgestellt“, so Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Unter der bewährten Führung der Vorstandsvorsitzenden, Nationalrats-Abgeordneten a.D. Annemarie Reitsamer wurde ein starkes Zeichen gesetzt: Das renommierte Dienstleistungsunternehmen geht mit der Zeit und orientiert sich durch modernere, zeitgemäße Strukturen noch stärker an den Bedürfnissen der Menschen. Für SPÖ-Landesrätin, Sozialreferentin Erika Scharer ist klar: „Die Leistungen, die von der Volkshilfe angeboten werden, entsprechen den aktuellen sozialen Bedürfnissen der Gesellschaft. Dabei stehen Menschlichkeit, Qualität und Flexibilität

an oberster Stelle“. Die Volkshilfe verbessert durch ihre bedürfnisorientierte Dienstleistungen die Lebenssituation hilfesuchender und sozial benachteiligter Salzburgerinnen und Salzburger. „Sie erkennt soziale Probleme und Missstände, zeigt sie auf und entwickelt und bietet Lösungsansätze dazu“, so Scharer.

Volkshilfe bietet sichere Arbeitsplätze

Die vor 63 Jahren gegründete Volkshilfe ist zur Gänze aus dem Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorgegangen. Mit der Entwick-



Die Volkshilfe ist Arbeitgeberin und wichtiger Partner des Landes Salzburg: Landesrätin Erika Scharer, Volkshilfe-Vorsitzende Annemarie Reitsamer, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky.

klung des Sozialstaates entwickelte sich die Organisation zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit breitem Angebot. Heute finden 300 Beschäftigte in ganz Salzburg einen sicheren Arbeitsplatz bei der Volkshilfe, die so zu einem nicht mehr wegzudenkenden Arbeitgeber geworden ist.

SPÖ FRAUEN

Johanna Dohnal weiterdenken



Gemeinsam mit zahlreichen Jugendorganisationen veranstalteten die SPÖ Bundesfrauen eine

Enquete zu frauenpolitischen Fragestellungen.

In fünf Workshops zu den Themen Arbeit, Quote, Gewalt gegen Frauen, Fristenregelung/Verhütung und Sexismus in der Werbung gab es die Möglichkeit, auf Kämpfe, Positionen und Erfolge von Johanna Dohnal, einer der wichtigsten Frauenpolitikerinnen Österreichs, zurückzublicken und gleichzeitig neue, zeitgerechte Forderungen zu erarbeiten.

Bei der anschließenden Diskussion mit Ingrid Moritz (AK Wien), Sandra Konstatzky (Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen), Irmtraut Karlsson (ehemalige Bundesfrauensekretärin) und Christian Fiala (Gynmed) bekräftig-

te Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ihre Forderung nach Offenlegung der durchschnittlichen Einkommen in Betrieben. ♦

„Wir müssen in Zukunft neue Wege gehen“, fordert die Frauenministerin. Gesagt, getan: In fünf spannenden Workshops wurde auf Erfolge Johanna Dohnals zurückgeblickt – und es wurden auch neue, zeitgemäße Positionen erarbeitet.



Knie



Fordert eine Offenlegung der Durchschnittsgehälter in Betrieben: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Podiumsdiskussion im Anschluss an die Jugend-enquete der SPÖ Frauen.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz

KÄRNTEN

Bundeskanzler diskutiert mit SPÖ-Nachwuchsakademie



Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Landesvorsitzender Peter Kaiser diskutierten mit Jungpolitikern der SPÖ Kärnten-Nachwuchsakademie.

Bundeskanzler Werner Faymann hat sein Versprechen, nach Kärnten zu kommen, um mit SPÖ-Jungpolitikerinnen und SPÖ-Jungpolitikern zu diskutieren, schnell eingelöst. Gemeinsam mit Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Landesvorsitzendem Peter Kaiser stellte sich Faymann den Fragen von 40 Jugendlichen zu einer Fülle politischer Themen. Er zeigte sich einmal mehr skeptisch gegenüber den Plänen von Finanzminister Pröll, die Mineralölsteuer anzuheben. Der Notwendigkeit umweltpolitischer Maßnahmen ist sich Faymann bewusst. „Es gibt aber noch andere Wege als Massensteuern, die vor allem die Bezieherniedriger und mittlerer Ein-



SPÖ Kärnten

Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Landesparteivorsitzender Peter Kaiser bei einer angeregten Diskussion mit 40 SPÖ-Nachwuchspolitikern.

kommen treffen“, so Faymann, der sich für eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene aussprach.

Verstärkte Zusammenarbeit

„Kärnten soll wieder ein besseres Stan-

ding in Wien bekommen und davon profitieren, dass die SPÖ Regierungshauptverantwortung trägt“, so Kaiser. Zu diesem Zweck besprachen Faymann und Kaiser im Zuge des Besuchs eine Optimierung der Zusammenarbeit. ♦

TERMINKALENDER

Mittwoch, 21.4.

Festveranstaltung zu Ehren Kreiskys

Am 21. April jährt sich zum 40. Mal die Angelobung der ersten Regierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky. Aus diesem Anlass lädt Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha zu einer Festveranstaltung unter dem Titel „Ich bin der Meinung“ zu Ehren Kreiskys ein. Auf dem Programm stehen Erinnerungen, Filmdokumente, eine Lesung, Anekdoten und ein Gedankenaustausch von Kreiskys Weggefährten und Personen, die mit ihm die Klinge gekreuzt haben sowie Musik aus den 70ern. Bundeskanzler Werner Faymann sowie unzählige Vertreter der SPÖ von damals und heute wie Franz Vranitzky und Hannes Androsch werden an der Veranstaltung teilnehmen. Auf Grund des großen Interesses an der Festveranstaltung wird um Anmeldung gebeten.

Information & Anmeldung:

Tel. 01-31372-31 bzw. 0664 - 48 36 138
presse@pvoe.at
Beginn: 11.00 Uhr
Theater Akzent
Theresianumgasse 18
1040 Wien

Freitag, 23.4.

Podiumsdiskussion

Der Verband sozialistischer StudentInnen (VSStÖ) veranstaltet an der Wirtschaftsfakultät der Universität Wien eine spannende Podiumsdiskussion zum Thema „Brauchen wir eine einheitliche europäische Kontrolle in unserem Bankensystem? Und

was haben wir bzw. die Banken von der Wirtschaftskrise gelernt?“ An dieser Podiumsdiskussion nehmen unter anderem teil: Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament Hannes Swoboda sowie Gemeinderätin und Vizepräsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands Katharina Schinner.

Anmeldung:

bwz@vssstoe.at

Von: 17.00 – 19.00 Uhr

Hörsaal 1

Wirtschaftsfakultät Brünnerstrasse 72
1210 Wien

Montag, 3.5.

Vernissage

Die Galerie des Renner-Instituts und die Freunde der Druckgraphik laden ein zur Vernissage: Synapsen und Leiterplatten – Radierungen und Polymerdrucke von Javier Pérez Gil. Der Künstler zeigt Helden des gesellschaftlichen und technischen Fortschritts. Begrüßt werden die Gäste vom Direktor des Renner-Instituts Karl Duffek. Die Einführung in die Ausstellung übernimmt der Kurator der Ausstellung Philipp Maurer. Im Anschluss daran findet ein Gespräch mit dem Künstler Javier Pérez Gil und der SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger statt.

Information & Anmeldung:

eichinger@renner-institut.at
Tel. 01 804 65 01 36

Beginn: 18.00 Uhr

Renner Institut

Khleslplatz 12

1120 Wien

Donnerstag, 6. 5.

Diskussionsveranstaltung

Zum Thema „Die EU nach Lissabon: Wohin entwickelt sich Europa?“ diskutieren im Haus der Europäischen Union unter anderem der Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament Hannes Swoboda und die Europa-Beraterin von Bundeskanzler Werner Faymann Judith Gebetsroithner sowie der ÖVP-EU-Abgeordnete Otmar Karas und andere mehr. Diskutiert wird über die verschobenen Machtstrukturen der wichtigsten Stakeholder der Europäischen Union unter den neuen Spielregeln des Lissabonner Vertrages. Moderiert wird die Veranstaltung von Standard-Journalist Thomas Mayer.

Information & Anmeldung:

walla@renner-institut.at

Tel. 01-804 08 74

Beginn: 19.00 Uhr

Haus der Europäischen Union

Wipplingerstraße 35

1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Max Stohanzl, Coverfoto: Pertramer Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.heinzfischer.at

Rat mal, wer zum Essen kommt ...

Stellen Sie sich vor, Sie geben ein Abendessen für Freundinnen und Freunde unter dem Motto „Dr. Heinz Fischer unterstützen“ – und plötzlich steht der Bundespräsident persönlich in der Tür. So geschehen Sonntagabend in Wien. Bei den Organisatoren solcher Abende hatte sich Heinz Fischer bisher immer mittels einer Videobotschaft bedankt.

Diesmal wollte er das selbst tun. Und so klingelte der Bundespräsident mit seiner Frau Margit gegen 20 Uhr an der Haustüre der kleinen Partyrunde, ließ sich mit seinen jungen Unterstützern selbstgemachte Lasagne schmecken und trat den Heimweg später an als geplant. Das coole Video mit dem Überraschungsgast jetzt ansehen auf www.heinzfischer.at





DAS Buch zum 1. Mai!

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

edition rot

Rechte Wienzeile 97
1050 Wien

oder bestellen Sie per
e-mail:
direkt@spoe.at

Subskriptionspreis für AbonnentInnen des SPÖ-Aktuell gültig bis 30. April 2010

Ich bestelleExemplar (e) des Buches **‚Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein‘** zum Subskriptionspreis von je 36,30 Euro (inkl. MWSt.), zzgl. Porto.

Name (in Blockschrift)

Straße

PLZ/Ort

E-Mail Unterschrift



Gutes Klima:

Bei einem Treffen in Wien hat Bundeskanzler Werner Faymann mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon Fragen des internationalen Klimaschutzes, der Wirtschaftspolitik und der weltweiten Armutsbekämpfung erörtert. Der Bundeskanzler hat auch für Wien als Veranstaltungsort internationaler Konferenzen geworben.



Hoher Schutz:

Verkehrsministerin Doris Bures überzeugte sich vor kurzem persönlich vom Erfolg der Hochwasseralarmübung der Wasserstraßen-Gesellschaft „via Donau“ in Hainburg. „Die jährliche Übung ist wichtig, um bei Hochwasser mit einem gut eingespielten Team rasch Sicherheitsmaßnahmen setzen zu können“, so Bures.



Optimale Versorgung:

Verteidigungsminister Norbert Darabos hat dem Bundesheer ein neues Sanitätsmodul für das Transportflugzeug „Hercules“ übergeben. Dieses „fliegende Hospital“ erhöht die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.



Beste Stimmung:

So sieht es aus, wenn Bundespräsident Heinz Fischer vorbeikommt, um sich bei den Organisatoren eines „friends&fischer“-Events persönlich zu bedanken. Die Überraschung war groß, die Laune prächtig.